



Personalrat der Rechtsreferendar*innen am Landgericht Düsseldorf

Landgericht Düsseldorf • Postfach 10 34 61 • 40025 Düsseldorf

E-Mail:

pr@referendariat.lg-duesseldorf.nrw.de

Düsseldorf, den 11.01.2024

Prüfungsgegenstände der zweiten juristischen Staatsprüfung in NRW

Eine Zusammenfassung aus relevanten Abschnitten des JAG NRW und den Ausbildungsordnungen.

Aufschlüsselung der Formatierungen:

- *Kursiv*: im Überblick
- Unterstrichen: kein Prüfungsgegenstand
- ~~Durchgestrichen~~: nur in der ersten juristischen Prüfung kein Prüfungsgegenstand

§ 52 JAG NW

Gegenstände der Prüfung

(1) Bei der Prüfung wird vorausgesetzt, dass der Prüfling die Gesamtrechtsordnung mit ihren grundlegenden Wertentscheidungen und ihren Zusammenhängen überblickt und unter besonderer Berücksichtigung der europarechtlichen Bezüge über die erforderlichen Kenntnisse in den Pflichtfächern verfügt. Pflichtfächer sind:

1. die Prüfungsfächer der staatlichen Pflichtfachprüfung (§ 11),
2. im Strafrecht die Regelungen über die Rechtsfolgen der Tat (3. Abschnitt des Strafgesetzbuches = §§ 38-76b), *hinsichtlich der Regelungen zur Einziehung (7. Titel = §§ 73-76b) jedoch nur im Überblick,*
3. *im Überblick das Straßenrecht sowie das Gewerberecht einschließlich des Gaststättenrechts,*
4. das Zivil-, Straf- und Verwaltungsprozessrecht ohne die Vorschriften über die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urteil abgeschlossenen Verfahrens,
5. das Vollstreckungsrecht ohne die Vorschriften zur Strafvollstreckung,
6. *im Überblick aus dem Arbeitsgerichtsprozessrecht die allgemeinen Vorschriften und die Vorschriften zum Urteilsverfahren im ersten Rechtszug (1. Teil = §§ 1-13a und 3. Teil, 1. Abschnitt, 1. Unterabschnitt = §§ 46-63 des Arbeitsgerichtsgesetzes),*
7. *im Überblick die anwaltlichen Berufsregeln und Grundpflichten nach der Bundesrechtsanwaltsordnung und der Berufsordnung der Rechtsanwälte sowie das anwaltliche Gebührenrecht und*
8. die Methoden der praktischen Rechtsanwendung.

Die Aufgabenstellungen sollen insbesondere die rechtsberatende und rechtsgestaltende anwaltliche Tätigkeit angemessen berücksichtigen.

(2) § 11 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 gilt entsprechend.

§ 11 JAG NW

Gegenstände der Prüfung

(1) Die Gegenstände der staatlichen Prüfung sind die Pflichtfächer. Andere Rechtsgebiete dürfen nur insoweit zum Gegenstand der Prüfung gemacht werden, als lediglich Verständnis und Arbeitsmethode festgestellt werden sollen und Einzelwissen nicht vorausgesetzt wird.

(2) Pflichtfächer sind

1. aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch einschließlich ausgewählter Nebengesetze:

a) Buch 1 (Allgemeiner Teil = §§ 1-240a) ohne Abschnitt 1, Titel 2, Untertitel 2 (= Stiftungen, §§ 80-88),

b) Buch 2 (Recht der Schuldverhältnisse), dabei Abschnitt 3 ohne die Regelungen zur Draufgabe (§§ 336-338), Abschnitt 8 ohne die Titel 2 (= Teilzeit-WohnrechteV, §§ 481-487), 3 Untertitel 2 bis 4 (= §§ 506-511), Titel 5 Untertitel 5 (= LandpachtV, §§ 585-597), Titel 7 (= Sachdarlehen, §§ 607-610), 8 Untertitel 2 (= BehandlungsV, §§ 630a-630h), Titel 9 Untertitel 1 Kapitel 2 bis 4, Untertitel 2 bis 4 (= BauV und ReiseV, §§ 650a-651y), Titel 11 (= Auslobung, §§ 657-661a), 12 Untertitel 3 (= Zahlungsdienste, §§ 675c-676c), Titel 15 (= Gastwirt, §§ 701-704), 18, 19 (= Leibrente und Wette, §§ 759-761) und 25 (= Vorlegung, §§ 809-811),

c) *im Überblick die Haftungsregelungen des Straßenverkehrsgesetzes sowie das Produkthaftungsgesetz,*

d) aus dem Buch 3 (Sachenrecht) die Abschnitte 1 bis 4 (= §§ 854-1093), aus dem Abschnitt 7 das Recht der Hypothek und der Grundschuld (§§ 1113-1198) sowie der Abschnitt 8 Titel 1 (Pfandrecht an Sachen, §§ 1204-1272),

e) *im Überblick aus dem Buch 4 (Familienrecht) aus dem Abschnitt 1 (§§ 1297-1588) die Wirkungen der Ehe im Allgemeinen und das gesetzliche Güterrecht sowie aus dem Abschnitt 2 (§§ 1589-1772) die Allgemeinen Vorschriften über die Verwandtschaft und die Elterliche Sorge beschränkt auf die Regeln der Vertretungsmacht und der beschränkten Elternhaftung,*

f) *im Überblick aus dem Buch 5 (Erbrecht) der Abschnitt 1 (Erbfolge, §§ 1922-1941), aus dem Abschnitt 2 (Rechtliche Stellung des Erben) Titel 1 (Annahme und Ausschlagung, §§ 1942-1966), Titel 2 Untertitel 1, 3 und 4 (Nachlassverbindlichkeiten, §§ 1967-1969; Erbenhaftung, §§ 1975-2013), Titel 3 (Erbschaftsanspruch, §§ 2018-2031), aus Titel 4 (§§ 2032-2063) ausschließlich die Haftungsbeschränkung der Miterben, der Abschnitt 3 (Testament, §§ 2064-2273) ohne Titel 6 (Testamentsvollstrecker, §§ 2197-2228), der Abschnitt 4 (Erbvertrag, §§ 2274-2302), der Abschnitt 5 (Pflichtteil, §§ 2303-2338) sowie aus dem Abschnitt 8 (Erbschein, §§ 2353-2370) die Wirkungen des Erbscheins,*

2. aus dem Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch im Überblick aus dem 1. Teil das 2. Kapitel (Internationales Privatrecht, Art. 3-46e), aus der Verordnung Nummer 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche

Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 17. Juni 2008 (Rom I) und aus der Verordnung Nummer 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II) die Regelungen zur Rechtswahl und zum anwendbaren Recht, soweit diese sich auf die unter Nummern 1 Buchstabe b und c und 6 genannten Schuldverhältnisse beziehen,

3. aus dem Handelsrecht im Überblick:

a) aus dem 1. Buch des Handelsgesetzbuchs die Abschnitte 1 bis 5 (Kaufleute, Handelsregister, Handelsfirma, Prokura und Handlungsvollmacht, §§ 1-58), dabei aus dem Abschnitt 2 nur die Publizität des Handelsregisters (§ 15),

b) aus dem 4. Buch des Handelsgesetzbuchs die Abschnitte 1 und 2 (allgemeine Vorschriften über Handelsgeschäfte, Handelskauf, §§ 343-382) ohne die Regelungen zum Kontokorrent und zu den kaufmännischen Orderpapieren,

4. aus dem Gesellschaftsrecht im Überblick:

a) aus dem 2. Buch des Handelsgesetzbuchs die Abschnitte 1 und 2 (Offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, §§ 105-229),

b) aus dem Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Abschnitte 1 und 3 (Errichtung der Gesellschaft sowie Vertretung und Geschäftsführung, §§ 1-12, 35-52),

5. aus dem Zivilverfahrensrecht im Überblick:

a) aus dem Erkenntnisverfahren:

gerichtsverfassungsrechtliche Grundlagen, Verfahren im ersten Rechtszug (ohne Wiederaufnahme des Verfahrens, Urkunden- und Wechselprozess, Familiensachen, Kindschaftssachen und Unterhaltssachen), Verfahrensgrundsätze, Prozessvoraussetzungen, Arten und Wirkungen von Klagen und gerichtlichen Entscheidungen, Beweisgrundsätze,

b) aus dem Vollstreckungsverfahren:

allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen und Arten der Zwangsvollstreckung einschließlich der Rechtsbehelfe nach den §§ 766, 767, 771 der Zivilprozessordnung,

6. aus dem Arbeitsrecht im Überblick: Inhalt, Begründung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses, Leistungsstörungen und Haftung im Arbeitsverhältnis einschließlich der zugehörigen Regelungen aus dem Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht sowie dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz,

7. aus dem Strafgesetzbuch:

a) der Allgemeine Teil (§§ 1-79b) mit Ausnahme des 3. Abschnittes, Titel 1, 2, 4, 5, 6 (ohne die Entziehung der Fahrerlaubnis) und 7 und des 5. Abschnittes, Titel 2 (§§ 78-78c),

b) aus dem Besonderen Teil:

aus dem 6. Abschnitt (Widerstand gegen die Staatsgewalt): Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamte (§§ 113-114),

aus dem 7. Abschnitt (Straftaten gegen die öffentliche Ordnung): Hausfriedensbruch (§ 123), Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142), Vortäuschen einer Straftat (§ 145d),

der 9. Abschnitt (Falsche uneidliche Aussage und Meineid, §§ 153-163),

der 10. Abschnitt (Falsche Verdächtigung, §§ 164, 165),

der 14. Abschnitt (Beleidigung, §§ 185-200),

aus dem 15. Abschnitt (Verletzung des persönlichen Lebens- und Geheimbereichs): Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, Verletzung des Briefgeheimnisses, Ausspähen von Daten (§§ 201-202a),

aus dem 16. Abschnitt (Straftaten gegen das Leben): Mord, Totschlag, minder schwerer Fall des Totschlags (§§ 211-213), Tötung auf Verlangen (§ 216), Aussetzung, Fahrlässige Tötung (§§ 221-222),

der 17. Abschnitt (Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit, §§ 223-231),

aus dem 18. Abschnitt (Straftaten gegen die persönliche Freiheit): Freiheitsberaubung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme, Nötigung, Bedrohung (§§ 239-241),

der 19. Abschnitt (Diebstahl und Unterschlagung, §§ 242-248c),

der 20. Abschnitt (Raub und Erpressung, §§ 249-256),

aus dem 21. Abschnitt (Begünstigung und Hehlerei): Begünstigung, Strafvereitelung, Strafvereitelung im Amt, Hehlerei (§§ 257-259)

der 22. Abschnitt (Betrug und Untreue) ohne Subventionsbetrug, Kapitalanlagebetrug, Kreditbetrug (§§ 264-265b) sowie Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a),

aus dem 23. Abschnitt (Urkundenfälschung): Urkundenfälschung, Fälschung technischer Aufzeichnungen, Fälschung beweiserheblicher Daten, Täuschung im Rechtsverkehr bei Datenverarbeitung, mittelbare Falschbeurkundung (§§ 267-271), Urkundenunterdrückung (§ 274),

aus dem 27. Abschnitt (Sachbeschädigung): Sachbeschädigung (§ 303), gemeinschädliche Sachbeschädigung (§ 304),

aus dem 28. Abschnitt (Gemeingefährliche Straftaten: Brandstiftungsdelikte (§§ 306-306e), Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr, Gefährdung des Straßenverkehrs, verbotene Kraftfahrzeugrennen (§§ 315b-315d), Trunkenheit im Verkehr, Räuberischer Angriff auf Kraftfahrer (§§ 316-316a), Vollrausch (§ 323a), Unterlassene Hilfeleistung (§ 323c),

aus dem 30. Abschnitt (Straftaten im Amt): Bestechungsdelikte (§§ 331-335), Körperverletzung im Amt (§ 340), Falschbeurkundung im Amt (§ 348),

8. *aus dem Strafverfahrensrecht im Überblick: Verfahrensgrundsätze und verfassungsrechtliche Bezüge des Strafprozessrechts, allgemeiner Gang des Ermittlungs- und Strafverfahrens, Rechtsstellung und Aufgaben der wesentlichen Verfahrensbeteiligten, erstinstanzliche gerichtliche Zuständigkeit und weiterer*

Instanzenzug, Zwangsmittel (davon lediglich körperliche Untersuchung Beschuldigter, Verhaftung und vorläufige Festnahme, Durchsuchung und Beschlagnahme), Beweisrecht (Arten der Beweismittel, Beweisantragsrecht, Beweisverbote), Rechtskraft,

9. Staatsrecht ohne Verteidigungsfall, Finanzverfassungs- und Notstandsverfassungsrecht,

10. *aus dem Verfassungsprozessrecht im Überblick: Verfassungsbeschwerde, abstrakte und konkrete Normkontrollverfahren, Organstreitverfahren, Bund-Länder-Streitigkeiten, einstweiliger Rechtsschutz,*

11. *aus dem Europarecht im Überblick: Rechtsquellen der Europäischen Union, die Grundfreiheiten des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union und ihre Durchsetzung, Entwicklung, Organe, Kompetenzen und Handlungsformen der Europäischen Union, Verhältnis des Unionsrechts zum nationalen Recht einschließlich dessen Umsetzung, aus dem Rechtsschutzsystem des Unionsrechts: Vertragsverletzungs- und Vorabentscheidungsverfahren,*

12. *allgemeines Verwaltungsrecht, einschließlich im Überblick des Rechts der öffentlichen Ersatzleistungen und des Verwaltungsvollstreckungsrechts, allgemeines Verwaltungsverfahrenrecht einschließlich des Verwaltungszustellungsgesetzes mit Ausnahme der besonderen Verwaltungsverfahren,*

13. *aus dem besonderen Verwaltungsrecht,*

a) *Polizei- und Ordnungsrecht ohne die in den §§ 14a bis 33c Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen enthaltenen Regelungen sowie im Überblick das Versammlungsrecht,*

b) *Kommunalrecht im Überblick mit Ausnahme des Kommunalwahl- und Kommunalabgabenrechts, des Haushaltsrechts sowie der Vorschriften aus der Gemeindeordnung über das Gemeindegebiet, die Bezirke und Ortschaften und den Verwaltungsvorstand und die Gemeindebediensteten,*

c) *aus dem Baurecht im Überblick: Bauleitplanung, Sicherung der Bauleitplanung beschränkt auf die Veränderungssperre, bauplanungsrechtliche Zulässigkeit von Bauvorhaben einschließlich der Regelungen der Baunutzungsverordnung hierzu und Planerhaltung sowie das Bauordnungsrecht mit Ausnahme der technischen Vorschriften,*

14. *aus dem Verwaltungsprozessrecht im Überblick: Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs, Sachentscheidungsvoraussetzungen, Klagearten, Vorverfahren, vorläufiger Rechtsschutz, gerichtlicher Prüfungsumfang, gerichtliche Entscheidungen.*

(3) Zu den Pflichtfächern gehören ihre europarechtlichen Bezüge unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses des europäischen Rechts zum nationalen Recht sowie ihre Bezüge zur Europäischen Menschenrechtskonvention, ihre philosophischen, insbesondere auch ethischen, geschichtlichen und gesellschaftlichen Grundlagen sowie die rechtswissenschaftlichen Methoden und die Methoden der rechtsberatenden Praxis.

(4) Soweit Kenntnisse „im Überblick“ verlangt werden, müssen einem Prüfling lediglich die gesetzliche Systematik, die wesentlichen Normen und Rechtsinstitute ohne vertiefte Kenntnisse von Rechtsprechung und Literatur bekannt sein.

Ausbildungsplan Z-AG (Stand: 01.05.2022)

Ziff. B.I.2.b) Ausbildungsschwerpunkte Z-AG (S. 4 f.)

Ausbildungsschwerpunkte, die vornehmlich anhand von Übungsfällen besprochen werden sollen, sollen sein:

1. Arbeit am Sachverhalt: Begehr etc.
2. Gutachten: Relationsmethode, Gutachten als Spiegelbild methodisch richtigen Arbeitens
3. Außergerichtliche obligatorische Streitschlichtung: Abhängigkeit der Zulässigkeit einer Klage von Durchführung eines außergerichtlichen Schlichtungsverfahrens (Einleitung, Durchführung, Chancen etc.)
4. Ablauf des gerichtlichen Verfahrens aus Sicht von Richter*in und Rechtsanwält*in
 - a. Terminvorbereitung und Maßnahmen nach §§ 272 ff., 136 ff. ZPO,
 - b. Stellung sach- und zweckdienlicher Anträge,
 - c. mündliche Verhandlung (vor allem: Beweisaufnahme und Beweiswürdigung, Grundzüge der Vernehmungstechnik, Plädoyer, Terminsbericht).
5. Typische prozessuale Grundsituationen
 - a. Säumnisverfahren
 - b. Haupt- und Hilfsantrag; Haupt- und Hilfsvorbringen
 - c. Erledigung der Hauptsache
 - d. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
 - e. Prozessaufrechnung
 - f. Widerklage
 - g. Prozessvergleich
 - h. Zurückweisung verspäteten Vorbringens
 - i. Anerkenntnis
 - j. Parteiwechsel, Klageänderung
 - k. Stufenklage, Feststellungsklage
 - l. Streitverkündung
 - m. Mahnverfahren
 - n. Urkundenprozess
6. weitere funktionelle Zuständigkeiten innerhalb des Gerichts
7. kurzer informatorischer Überblick über Stellung und Aufgaben der sonstigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Gerichts in Zivilsachen (Rechtspflegerinnen und -pfleger, Urkundsbeamtinnen und -beamte, Serviceeinheit)
8. Form und Inhalt gerichtlicher Entscheidungen und anwaltlicher Schriftsätze, insbesondere
 - a. Entscheidung über einen Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe
 - b. Hinweis- und Beweisbeschluss
 - c. Urteil
 - d. Klageschrift

Ziff. B.II.2. Ausbildungsgegenstände Z-F-AG (S. 7 f.)

1. Anwaltsrecht
 - a. Mandatsannahme und Mandatsführung
 - b. Grundzüge des anwaltlichen Berufsrechts
 - c. Anwaltshaftung
 - d. Grundfragen des Anwaltsgebühren- und Kostenrechts
2. Anwaltliche Prozessführung, Rechtsberatung und Rechtsgestaltung
 - a. Fertigen von gerichtlichen Schriftätzen
 - b. Juristische Gestaltung von Lebenssachverhalten und außer- und vorgerichtliche Konfliktlösung (z. B. Mediation und Schiedsverfahren)
3. Vorbeugende Rechtsgestaltung
 - a. Vertragstypen

- b. Grundzüge der Vertragsgestaltung (Ermittlung von Sach- und Rechtszielen, Prüfung von Gestaltungszielen, Vertragsverhandlungen, Vertragsaufbau)
 - c. Gestaltung von Austauschverträgen und anderen Verträgen
- 4. Rechtsmittelverfahren
- 5. Einstweiliger Rechtsschutz
- 6. Vollstreckungsrecht
 - a. Zwangsvollstreckung aus anwaltlicher Sicht
 - b. allgemeine und besondere Zwangsvollstreckungsvoraussetzungen; Vollstreckungshindernisse
 - c. verschiedene Formen der Einzelzwangsvollstreckung
 - d. Klagen aus materiellem Recht (verlängerte Vollstreckungsklagen, Unterlassen sittenwidriger Vollstreckung)
 - e. Einziehungsklage
 - f. Rechtsbehelfe im Vollstreckungsverfahren
 - g. Grundbegriffe des Insolvenzrechts
- 7. Überblick aus dem arbeitsgerichtlichen Verfahren
 - a. Urteilsverfahren
 - b. Allgemeine Vorschriften

Ausbildungsplan S-AG (Stand: 01.05.2022)

B.I.2. Ausbildungsgegenstände S-AG (Einführung) (S. 3 f.)

Allgemeines

- 1. Allgemeiner Überblick über das Strafverfahren
- 2. Organisation der Staatsanwaltschaft
- 3. Aufbau der Strafgerichtsbarkeit
- 4. Grundzüge der Aktenführung, einschließl. Verfügungstechnik

Ausbildungsschwerpunkte

- 1. Gang des Ermittlungsverfahrens
 - a. unterschiedliche Formen des Tatverdachts,
 - b. Beweismittelsammlung und -sicherung,
 - c. Arten der staatsanwaltlichen Abschlussentscheidungen
 - d. Erledigungskompetenzen
- 2. Anklageschrift
 - a. Aufbau und Inhalt einer Anklageschrift einschließlich der Grundzüge des wesentlichen Ergebnisses der Ermittlungen
 - b. Aufbau und Inhalt einer staatsanwaltlichen Abschlussverfügung
- 3. Hauptverfahren
 - a. Verfahrensgrundsätze
 - b. prozessualer Tatbegriff
 - c. Gang der Hauptverhandlung
 - d. Anträge der Staatsanwaltschaft
 - e. Sanktionsrecht
- 4. Rechte des Opfers
 - a. Nebenklage
 - b. prozessuale Regelungen zum Opferschutz
 - c. Täter-Opfer-Ausgleich
 - d. Grundbegriffe des Adhäsionsverfahrens

B.II.2. Ausbildungsgegenstände S-AG (S. 6 f.)

1. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft
 - a. Durchführung von Ermittlungen, Ziels des Ermittlungsverfahrens
 - b. besondere Instrumente der Ermittlungen zur Person (Gerichtshilfe/Jugendgerichtshilfe, Bundeszentralregister, Vorstrafenakten, Berichte der Bewährungshilfe und des Strafvollzugs, Sachverständigengutachten)
 - c. Treffen der notwendigen Feststellungen mit welchen Beweismitteln und in welcher Reihenfolge
 - d. Stellung und Rechte der Strafverteidigung in diesem Verfahrensabschnitt (z. B. Akteneinsicht, Zuziehung bei Ermittlungshandlungen)
2. Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft
 - a. tatsächliche Würdigung des Ermittlungsergebnisses, insbesondere im Zusammenhang mit Problemen, die in besonderer Weise in Strafsachen auftreten
 - b. rechtliche Verarbeitung des festgestellten Sachverhalts, Einstellung schwierigerer Ermittlungsverfahren mangels hinreichenden Tatverdachts einschließlich des Bescheides an den Antragsteller (§§ 171 f. StPO), Verfahrenseinstellung bzw. Beschränkung der Strafverfolgung gemäß §§ 153 ff. StPO, 45 JGG, umfangreichere Anklageschriften einschließlich des wesentlichen Ergebnisses der Ermittlungen
3. Zwangsmaßnahmen
 - a. praktische Bedeutung der Zwangsmaßnahmen zur Sicherung der Verfolgung oder von Beweismitteln, einschließlich der Sicherung der Einziehung (§§ 111b, 111e StPO)
 - b. Grundprobleme ihrer praktischen Anwendung
 - c. Bewusstsein über schwerwiegenden Eingriff in Grundrechte des Einzelnen und Verhältnismäßigkeitsprinzip
 - d. evtl. Entschädigungsansprüche und Rechtsschutzmöglichkeiten
4. Zwischenverfahren
 - a. Grundsituationen der Richter*in oder des Richters: Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichts nach Form und Inhalt (ergänzende Ermittlungen, Eröffnung/Ablehnung und modifizierte Eröffnung des Hauptverfahrens)
 - b. Grundsituationen der Verteidigung: besondere Bedeutung dieses Verfahrensabschnitts für sachgerechte Verteidigung
5. Hauptverfahren
 - a. Vorbereitung und Durchführung der Hauptverhandlung:
 - (1) Verhandlungsleitung durch die oder den Vorsitzenden, Zwangsmaßnahmen
 - (2) Rolle von Staatsanwält*in, Strafverteidiger*in
 - (3) Anhörung der oder des Angeklagten zur Person und zur Sache; Durchführung der Beweisaufnahme (Erörterung der persönlichen Verhältnisse und Vorstrafen, Aufklärungspflicht; Beweisgrundsätze; Vernehmungstechnik; Verteidigung, Verlesung von Urkunden, Beweisverbot, Grundzüge des Beweisantragsrechts); Veränderung tatsächlicher oder rechtlicher Gesichtspunkte (§§ 264, 265 StPO)
 - (4) Schlussvorträge
 - i. besonderes Gewicht auf die Ausführungen zur Beweiswürdigung und Strafzumessung sowie die damit zusammenhängenden Entscheidungen (§§ 46, 47, 56, 61 ff., 73 ff. StGB)
 - ii. Sinn und Zweck der verschiedenen Sanktionen und ihre Wirksamkeit
 - (5) Urteilsverkündung

B.III.2. Ausbildungsgegenstände S-F-AG (S. 9 f.)

Strafrechtliches Mandat, Denk- und Arbeitsmethode der Strafverteidiger*in, der Strafrichter*in

1. Stellung prozessualer Anträge durch die Verfahrensbeteiligten und Entscheidungen des Gerichts im erstinstanzlichen Hauptverfahren
2. Verteidigungsstrategie
3. Verständigung im Strafverfahren
4. Aufbau einer Verteidigungsschrift
5. prozessualer Tatbegriff und die Veränderung tatsächlicher und rechtlicher Gesichtspunkte
6. Beweiserhebung und Beweiswürdigung einschließlich Beweisverwertung
7. besondere Verfahrensarten (Klageerzwingungsverfahren, Nebenklage, Privatklage, Wiederaufnahmeverfahren)
8. Aufbau und notwendiger Inhalt strafgerichtlicher Entscheidungen (Feststellungen, Beweiswürdigung, rechtliche Würdigung und Strafzumessung)
9. Regelungen zur Einziehung
10. Adhäsionsverfahren
11. Berufung
12. Beschwerde
13. Revisionsrecht:
 - a. Förmlichkeiten der Revisionseinlegung und -begründung
 - b. Verfahrensrügen:
 - (1) Fehlen der Prozessvoraussetzungen,
 - (2) Verfahrenshindernisse,
 - (3) Verfahrensfehler, z. B.:
 - i. Verletzung des Aufklärungsgebotes,
 - ii. fehlerhafte Ablehnung eines Beweisantrages,
 - iii. Verletzung des § 261 StPO (Abweichung zwischen Beweiserhebung und im Urteil getroffenen Feststellungen),
 - iv. fehlerhafte Vereidigung,
 - v. Fehlen des letzten Wortes,
 - vi. Verletzung des Unmittelbarkeitsgrundsatzes.
 - c. materielle Rüge:
 - (1) erweiterte Rüge nach § 261 StPO,
 - (2) Grundsätze der Strafzumessung

Ausbildungsplan Ö-AG (Stand: 01.12.2022)

B.I.2. Ausbildungsgegenstände Ö-AG (Einführung) (S. 4 ff.)

Allgemeines

1. Überblick über die Grundlagen der Verwaltungsorganisation (insbesondere nach dem LOG NRW) und ihren Aufbau sowie Ablauf,
2. Arbeitsweise innerhalb einer Verwaltungsbehörde und in der Zusammenarbeit mehrerer Behörden oder sonstigen Stellen,
3. unterschiedliche Handlungsformen der Verwaltung sowie die Voraussetzungen behördlicher Entscheidungstechnik (vorbereiten, treffen, durchsetzen),
4. Art und Weise des Kontakts sowie des Umgangs zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern sowohl als Einzelperson wie auch als Personengruppe,
5. erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten im Rahmen von Klausur- und Bescheidtechnik einüben, insbesondere durch das Fertigen von Bescheiden einschließlich rechtsgestaltender Elemente,
6. Grundzüge des Widerspruchsverfahrens einschließlich dessen Durchführung (allgemeine Voraussetzungen für den Widerspruch) und der abschließenden Entscheidungen (Abhilfe-

und Widerspruchsbescheid, Kostenentscheidung, Rücknahme und Erledigung des Widerspruchs, Gestaltungsfragen),

7. Grundzüge der kommunalen Rechtsetzung (Satzungsaufstellungsverfahren, Einführung in die Struktur und Formulierung von einzelnen Satzungsbestimmungen)

Ausbildungsschwerpunkte

1. Grundzüge der Verwaltungsorganisation:
 - a. Aufgaben und Wesen der Verwaltung
 - b. Aufgabenverteilung in Bund, Ländern und Gemeinden
 - c. Rechts-, Fach- und Dienstaufsicht
 - d. Grundzüge der Aufbau- und Ablauforganisation (insbesondere nach dem LOG NRW)
2. Ausgangsverfahren vor den Verwaltungsbehörden
 - a. Allgemeines
 - i. Einleitung des Verwaltungsverfahrens (Sachverhaltsermittlung, Zusammenarbeit mit anderen Behörden),
 - ii. Anhörung,
 - iii. Aktenführung, Akteneinsicht, Geheimhaltung, Zugangsrecht auf Information,
 - iv. formelle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen eines Verwaltungsakts, insbesondere Zuständigkeit und Heilung von Verfahrensfehlern,
 - v. materielle Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen eines Verwaltungsakts,
 - vi. Unterschiede zwischen Tatbestandsvoraussetzungen und Rechtsfolgen, insbesondere Ermessen,
 - vii. Entscheidungsspielräume der Verwaltung,
 - viii. Schwerpunkt: Ermessen, Ermessensfehlerlehre und Heilung von Ermessensfehlern,
 - ix. gebundene Entscheidungen, unbestimmte Rechtsbegriffe, Beurteilungsspielraum, Planungs- und Prognoseentscheidungen,
 - x. Nebenbestimmungen,
 - xi. Widerruf und Rücknahme, Wiederaufgreifen des Verfahrens,
 - xii. Verwaltungsvollstreckungsrecht
 - b. Bescheid und Verfügungstechnik
 - i. Rubrum, Tenor, Bekanntgabe und Zustellungsmöglichkeiten, Sachverhaltsdarstellung und rechtliche Begründung, Nebenentscheidungen, Rechtsmittelbelehrung,
 - ii. Anordnung der sofortigen Vollziehung und deren Begründung,
 - iii. nachbegleitende Verfahrensschritte, insbesondere Begleitverfügungen
 - c. Grundzüge der Gestaltung und Formulierung öffentlich-rechtlicher Verträge einschließlich ihrer Vollstreckung
 - d. behördliches Aussetzungsverfahren nach § 80 Abs. 4 VwGO,
 - e. Besonderheiten der Leistungsverwaltung,
 - f. Abfassung von Vermerken oder gutachterlichen Stellungnahmen zur Vorbereitung von behördlichen Entscheidungen oder Dienstbesprechungen

B.II.2.b) Ausbildungsschwerpunkte Ö-F-AG (S. 8 f.)

1. Grundzüge der Gerichtsorganisation, Beteiligte des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens, Entscheidungsformen und Instanzenzug
2. äußerer Gang des Verfahrens
 - a. Zulässigkeitsmerkmale verwaltungsgerichtlicher Verfahrensarten (Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen, allgemeine Leistungsklagen, Feststellungs- und Fortsetzungsfeststellungsklagen, vorläufiger Rechtsschutz)

- b. mögliche Prozessbeendigungen und ihre Folgen,
 - c. Unterschied zu den zivilprozessualen Grundsätzen (Parteimaxime, Beibringungsgrundsatz)
 - d. Besonderheiten der Klageänderung im Verwaltungsprozess
- 3. Sich aus der Untersuchungsmaxime ergebende Besonderheiten
 - a. Aufbau der Sachverhaltsschilderung verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen
 - b. Ausdeutung der von den Beteiligten gestellten Anträge
 - c. sich aus dem Untersuchungsgrundsatz ergebenden Folgerungen für die Sachverhaltsaufklärung
- 4. Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes (§§ 80 Abs. 5, 80a und 123 VwGO)
 - a. Abgrenzung zwischen diesen Verfahrensarten
 - b. methodische Aufbau von Entscheidungen in diesen Verfahrensarten
- 5. Grundzüge der Rechtsmittelverfahren
- 6. Probleme des allgemeinen Verwaltungs- und Verwaltungsverfahrenrechts
- 7. Einbeziehung von verfassungsrechtlichen Fragen,
- 8. im Überblick das Gewerberecht einschließlich des Gaststättenrechts und das Straßen- und Wegerecht (vgl. § 52 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 JAG NRW)

Links:

- JAG NRW: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=2320031009101636983
- Ausbildungspläne LJPA NRW:
https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/landesjustizpruefungsamt/0ausbildungsplaene/index.php